

ANTRAG

an die 190. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol
am 7. November 2025

Abschaffung des Österreich-Aufschlags auf Nahrungsmittel!

Die 190. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Tirol fordert die Bundesregierung auf, sich für ein Ende des sogenannten Österreich-Aufschlags auf Nahrungsmittel einzusetzen. Die Bundesregierung möge auch die „Paritätische Kommission“ für Preis- und Lohnfragen wieder einberufen.

Begründung:

„Für niedrige Preise braucht es mehr Wettbewerb - und Konsumenten, die aufwachen. Die von der Regierung geplante Stärkung der Bundeswettbewerbsbehörde ist richtig, wirkt aber erst langfristig. Einiges hätten Verbraucher selbst in der Hand“, diesen Kommentar veröffentlichte der Standard Mitte September 2025 (Der Standard, online, „Für niedrige Preise braucht es mehr Wettbewerb - und Konsumenten, die aufwachen“, 9. 9. 2025, abgerufen 10. 9. 2025)

Die Problematik der Teuerungswellen in allen Lebensbereichen beschäftigt seit Jahren die Politik. Im August dieses Jahres berichte der ORF. „Österreichische Lebensmittel sind in Deutschland teilweise billiger als in Österreich. Das belegt die Preiserhebung der Arbeiterkammer (AK) Tirol. Untersucht wurden österreichische Produkte, die innerhalb des REWE-Konzerns angeboten werden.“ (ORF.at, online, „Heimische Lebensmittel in Bayern billiger, 28. 8. 2025, abgerufen 10. 9. 2025)

Laut der Untersuchung der AK Tirol sind von elf untersuchten österreichischen Produkten, die sowohl in Österreich als auch in Bayern erhältlich sind, zehn in Deutschland billiger. Diese Untersuchung umfasste Produkte des REWE-Konzerns, der in Österreich unter den Marken Billa und Billa Plus operiert.

Tirols AK-Präsident Erwin Zangerl forderte aufgrund der Erhebung, dass mehr Einblick in die Preisgestaltung der österreichischen Supermärkte den Konsumenten gewährleistet sein soll. Zangerl sprach sich für ein Ende des sogenannten Österreich-Aufschlags aus, sowie regte er im ORF Bericht die Reaktivierung der Paritätischen Kommission für Preis- und Lohnfragen an. „Die Paritätische Kommission für Preis- und Lohnfragen wurde im März 1957 gegründet. Sie hat zwölf Mitglieder (Bundeskanzler, Bundesminister für Inneres, Finanzen und soziale Verwaltung, je zwei Vertreter der Bundeswirtschaftskammer, des österreichischen Arbeiterkammertages, der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern und des österreichischen Gewerkschaftsbundes) Ihre Aufgabe ist es, Höhe und Dringlichkeit von Preis- und Lohnforderungen zu überprüfen“ (wifo.ac.at, online, Die Preiskontrolle der Paritätischen Preis-Lohn-Kommission“, abgerufen 10. 9. 2025)

Bis 1994 gab es im Rahmen der Sozialpartnerschaft eine freiwillige Beteiligung der Wirtschaft, um Preissteigerungen in Grenzen zu halten. Vor fast genau 70 Jahren, am 27. März 1957, trat unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers erstmals die „Paritätische

Kommission für Preis- und Lohnfragen" zusammen. Die Arbeitnehmervertretungen, die Wirtschaftskammer, die Landwirtschaftskammer und die Regierung beteiligten sich freiwillig. Die Initiative ging vom Österreichischen Gewerkschaftsbund aus, der in der wirtschaftlich schwierigen und neuen Situation nach dem Staatsvertrag verhindern wollte, dass die erkämpften Lohnerhöhungen durch Preissteigerungen aufgefressen würden - zum Schaden der Konsumenten im beginnenden Aufschwung und damit der Volkswirtschaft. Im Gegenzug zur geforderten Regulierung von Preiserhöhungen erklärte sich die Gewerkschaftsseite dazu bereit, die Freigabe von Lohnverhandlungen mit der Arbeitgeberseite abzuklären." (arbeit-wirtschaft.at, online, „Historie: Die Preistreibereibremse", 13. 2. 2018, abgerufen 10. 9. 2025)

Der sogenannte „Österreichaufschlag", hat zahlreiche Facetten: „Territoriale Lieferbeschränkungen machen z. B. Lebensmittel in Österreich teurer. Aber wie verträgt sich das mit der Warenverkehrsfreiheit in der EU? Braucht es neue Regeln - und was wäre bei einer Reform zu bedenken?" (Die Presse, online, „Teure Lebensmittel: Ist ein Österreich-Aufschlag denn überhaupt erlaubt?", 21.8.2025, abgerufen 10. 9. 2025)

Auch der neue Gouverneur der Österreichischen Nationalbank (OeNB), Martin Kocher, sprach sich für ein Ende des Österreich-Aufschlag aus. (nachrichten.at, online, „Kocher für Abschaffung des Österreich-Zuschlags", 2.9.2025, abgerufen, 10.9. 2025)